

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Die Ukraine-Gespräche der vergangenen Tage in Berlin können in der Rückschau eine Schlüsselphase internationaler Friedensdiplomatie werden. Sie markieren bereits jetzt einen wichtigen Moment für die Einigkeit mit unseren Bündnispartnern. Deutschland nimmt dabei unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz das Steuer in die Hand. Berlin ist zum zentralen Ort internationaler Abstimmung geworden.

Im Mittelpunkt standen Beiträge zu einer Vereinbarung, die den Krieg beenden soll: die Stärkung der ukrainischen Streitkräfte, Sicherheitsgarantien und ein wirksamer US geführter Mechanismus zur Überwachung eines Waffenstillstands. Entscheidend ist, dass die USA fest an Bord bleiben. Ebenso entscheidend ist, dass Europa handlungsfähig bleibt und endlich die Nutzung der russischen eingefrorenen Vermögenswerte beschließt.

Wir geben uns keinen Illusionen hin: Russland will kein Ende dieses Krieges. Auch wenn der Weg noch weit ist, bleibt unser Ziel ein Frieden, der die ukrainische Souveränität sichert und die europäische Sicherheitsordnung stabilisiert. Als Fraktion unterstützen wir deshalb geschlossen den Kurs der Bundesregierung. Denn wer für Sicherheit, Stabilität und Freiheit einsteht, legt zugleich die Grundlage für Wohlstand – und handelt damit im besten Sinne des Wortes patriotisch.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Drei weitere Schritte zu verbesserten Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft

Mit dem Gesetz zur Änderung des Tiergesundheits- und des Tierarzneimittelgesetzes treiben wir die dringend gebotene Anpassung des nationalen Rechts an das EU-Recht weiter voran. Außerdem reagieren wir zügig auf das aktuell starke Vogelseuche-Geschehen und passen rückwirkend ab Oktober 2025 den Entschädigungshöchstsatz für Geflügel im Tierseuchenfall von 50 Euro auf 110 Euro pro Stück Geflügel an.

Mit dem Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes verschieben wir die Verpflichtung zur Nutzung elektronischer Aufzeichnungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vom 1. Januar 2026 auf den 1. Januar 2027. Wir vermeiden damit Rechtsunsicherheiten und geben allen Betrieben ausreichend Zeit für die Umstellung.

Und schließlich verschieben wir mit der Änderung des „Özdemir-Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes“ dessen Inkrafttreten. Damit haben wir nun die notwendige Zeit, wichtige Themen wie das vollständige Downgrading (Regelung, die gestattet, Fleisch aus höheren Haltungsformen auch in niedrigeren Stufen zu vermarkten, um Lebensmittelverschwendungen zu verhindern) und die Kennzeichnung ausländischer Ware praxisgerecht gesetzlich zu verankern. Wir wollen die berufliche Praxis bei der Reform des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes in den kommenden Monaten eng einbinden, um z.B. Bürokratierückbau bei Meldepflichten durch die Nutzung vorhandener Datenbanken zu erreichen.

Ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen

Mit dem Abschluss des Standortfördergesetzes verbessern wir in dieser Woche die Rahmenbedingungen für private Investitionen und stärken den Finanzplatz Deutschland insgesamt. Das Gesetz beinhaltet Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und für einen wettbewerbsfähigeren Finanzstandort, insbesondere durch steuerliche Impulse für private Investitionen in Infrastruktur und erneuerbare Energien sowie in kleinere Unternehmen und Start-ups (Venture Capital). Darüber hinaus bauen wir mit dem Standortfördergesetz Bürokratie ab.

Ein nächster Schritt zur Reform und Stabilisierung unserer Sozialversicherungen

In dieser Woche wurde, wie im Koalitionsausschuss vereinbart, die Rentenkommission 2026 eingesetzt. Der Koalition hatte sich in Ergänzung des Rentenpakets I auf die Einsetzung dieser Kommission mit einem deutlich präzisierten Auftrag verständigt. Sie besteht aus Wissenschaftlern und Abgeordneten und soll bis zum Sommer nächsten Jahres ihre Vorschläge vorlegen, die dann in ein Rentenpaket II münden werden.

35 Jahre gesamtdeutscher Bundestag – Einheit in Freiheit

Wir feiern ein Jubiläum der Verantwortung, das für den Zusammenhalt in einem vereinten Deutschland steht, weil Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie seit 1990 gemeinsam getragen werden. Die Deutsche Einheit ist kein Zustand, sondern ein gemeinsamer Auftrag, der aktueller denn je ist: Einheit sichern, Zukunft gestalten. Der gesamtdeutsche Bundestag sieht sich verpflichtet, die Errungenschaften der Deutschen Einheit gegen Spaltung und Extremismus zu verteidigen.

Dieses Jubiläum erinnert uns daran, dass Demokratie nur stark bleibt, wenn wir Verantwortung übernehmen, ihre Werte schützen und den gemeinsamen Weg in eine sichere und freie Zukunft entschlossen weitergehen.

Kabinett

In der Sitzung des Kabinetts am 17.12.2025 hat die Bundesregierung zum Ende des Jahres noch einmal eine Reihe an wichtigen Vorhaben, u. a. die Gesetzentwürfe zur Reform der steuerlich geförderten Altersvorsorge, zur Reform der Grundsicherung, zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung, zur Änderung des Bundesjagdgesetz (Wolf), zur Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Migrationsverwaltung, das Infrastruktur-Zukunftsgesetz sowie die Eckpunkte zur Frühstart-Rente, beschlossen.

Weitere Informationen zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts finden Sie hier:
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/kabinettssitzungen>

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Im Jahr 2026 muss aus der Arbeitskoalition eine Reformkoalition werden. 2026 muss das Jahr des Wachstums werden. Der Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. Aber natürlich müssen wir miteinander auch immer selbstkritisch und kritisch schauen, ob das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, ausreicht, um unsere Wirtschaft anzukurbeln.“

„Wir erleben eine Weltlage, die dramatisch ist. Die europäische Sicherheitsarchitektur wird dieser Tage neu verhandelt. Das gab es so in dieser Dimension seit dem Ende des Kalten Krieges nicht. Es ist richtig, dass der Bundeskanzler in dieser Zeit viel Kraft in Europa steckt.“

Alexander Hoffmann:

„Die AfD reist nach Russland und in die USA, um dort über Deutschland herzuziehen. Mit dieser Anti-Deutschland-Diplomatie verrät sie deutsche Interessen!“